

Kreistagsdrucksache Nr. 010/24

AZ. GB4/43

Tagesordnungspunkt

ÖPNV: Anträge zur Änderung der Verbundstruktur im ÖPNV

Zur Beratung im

Ausschuss für Verwaltung, Klimaschutz und Technik (öffentlich) Vorberatung am 06.03.2024

Kreistag (öffentlich) Beschluss am 20.03.2024

Sachverhalt:

Der Landkreisverwaltung liegen zwei Anträge aus der Mitte des Kreistags vor, die sich mit der Änderung und Weiterentwicklung der aktuellen Verbundstruktur des naldo auseinandersetzen.

- Bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen 2024 stellte die Gruppierung DIE PARTEI den Antrag, dass die Landkreisverwaltung prüfen soll, welche Kosten und welche Preisstruktur auf den Landkreis Tübingen zukommen würden, wenn er vom naldo in den VVS wechselt (**vgl. KTDS 010/24/1**).
Da es sich bei diesem Antrag um keinen klassischen Haushaltsantrag, sondern um einen Prüfauftrag handelt, wurde dieser zunächst nicht in den Beratungen zum Haushalt 2024 behandelt, sondern zur Beratung in die 1. Sitzungsrunde im Jahr 2024 verwiesen.
- Zwischenzeitlich ist mit Schreiben vom 28.01.2024 ein gemeinsamer Antrag der Grünen- und SPD-Fraktion eingegangen. Dieser befasst sich mit den bestehenden Verbundstrukturen des naldo und beantragt sowohl die Untersuchung der Weiterentwicklung des naldo als auch eines Wechsels des Landkreises Tübingen vom naldo in den VVS (**vgl. KTDS 010/24/2**).

Unabhängig hiervon, jedoch zeitgleich, haben die Geschäftsführer der Verkehrsverbände bodo (Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbund GmbH in Ravensburg), DING (Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH in Ulm), naldo und VHB (Verkehrsunternehmen Hegau-Bodensee Verbund GmbH in Konstanz) eigeninitiativ erste Gedanken entwickelt, wie den Herausforderungen der Zukunft begegnet werden kann und wie die Leistungsfähigkeit der Verbände durch eine intensivere Zusammenarbeit gestärkt werden könnte. Nachdem die jeweiligen Aufsichtsratsvorsitzenden in Kenntnis gesetzt waren, gab es Ende Januar 2024 ein erstes Gespräch mit den betroffenen Landräten, um ein Meinungsbild innerhalb von Südwürttemberg einzuholen.

Alle Beteiligten erkennen die Chancen, die sich aus einer verstärkten Zusammenarbeit der Verbände ergeben. Es bestand Einvernehmen, dass dieses Thema von den Geschäftsführern der oben genannten Verkehrsverbände weiterverfolgt werden soll. Im naldo wird diese Thematik auch zeitnah in einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung behandelt. Die Initiatoren legen hierbei großen Wert auf eine umfassende, ergebnisoffene Diskussion.

Mit Blick auf zahlreiche Entwicklungen in den letzten Jahren im ÖPNV-Bereich begrüßt die Landkreisverwaltung, dass aus den Verbänden heraus selbst eine neue Initiative gestartet wurde, um den ÖPNV in diesem Segment zukunftsfest zu machen. Erfahrungsgemäß sind Impulse aus dem Betroffenenkreis realitätsnah und bieten somit auch beste Chancen zur unmittelbaren Umsetzung. In diesem sehr frühen Stadium würden Vorgaben von außen dem angestrebten ergebnisoffenen Prozess zuwiderlaufen, weshalb – auch im Sinne der beiden gestellten Anträge der Fraktionen - zunächst der nun angestoßene Diskussions- und Erarbeitungsprozess abgewartet werden sollte. Selbstverständlich werden die Kreistage in allen betroffenen Landkreisen im Detail mit einbezogen, sobald konkrete Ergebnisse und Unterlagen vorliegen.

Dementsprechend empfiehlt die Verwaltung in ihren Beschlussvorschlägen, den Prüfauftrag zu einem Wechsel in den VVS abzulehnen (KTDS 010/24/1) bzw. verweist bzgl. des gemeinsamen Antrags von Grünen- und SPD-Fraktion auf den nun zeitgleich angestoßenen Prozess (KTDS 010/24/2).